

BID-Medieninformation vom 16.04.2013

Verschärfungen der energetischen Anforderungen verhindern den Neubau von preiswertem Wohnraum

- **BID fordert anlässlich der öffentlichen Sitzung des Bundestags-Bauausschusses: Energiepolitische Maßnahmen nicht um jeden Preis**

Berlin – „Die Politik verlangt von der Immobilienwirtschaft die Schaffung von neuem Wohnraum, der preiswert und zugleich energetisch auf dem modernsten Stand sein soll. Die Antwort auf die Frage, wie beides zusammenpassen soll, bleibt die Politik leider weiter schuldig. Wenn es bei den geplanten Verschärfungen der energetischen Anforderungen bleibt, wird sich der Wohnungsneubau um ein vielfaches verteuern oder fast ganz unterbleiben“, sagt Walter Rasch, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und BFW-Präsident, anlässlich der morgigen Sitzung des Bundestags-Bauausschusses. Immerhin sei zu begrüßen, dass die Eigentümer von Bestandsbauten nicht schärfer als bisher in die Pflicht genommen werden.

Über die Verschärfungen der energetischen Anforderungen hinaus lehnt die BID insbesondere die unbefristete Speicherung von Energieausweisdaten entschieden ab. Hierbei handelt es sich um einen nicht gerechtfertigten Eingriff in die Eigentumsrechte und um eine eklatante Verletzung des gesetzlichen Datenschutzes. Auch eine energetische Klassifizierung von Energiekennwerten ist energiepolitisch, sozial und technisch ungeeignet und führt nicht zu einer Vereinfachung von Energieausweisen. Auf Grund der ganzheitlichen Betrachtung der jeweiligen Immobilie und dem individuellen Verbrauchsverhalten führt dies zu einer Verfälschung der Realitäten und kehrt die gesetzliche Intention ins Gegenteil. Auch die geforderte Angabe der energetischen Kennwerte bereits in den Wohnungsanzeigen täuscht eine Informationssicherheit vor, die der Komplexität des energetischen Zustandes einer Immobilie nicht gerecht wird.

„Wir brauchen eine Energiepolitik mit Augenmaß und integrierten Konzepten. Die energetische Maßnahme im Gebäudebereich ist nur ein Baustein im Puzzle zu einer energieeffizienten Volkswirtschaft in Deutschland. Viel stärker als bisher müssen auch innovative Lösungen auf der städtebaulichen Ebene gefunden, sowie ressourcenschonende Technik und intelligente Energieerzeugungsverfahren in die politische Konzeption mit einbezogen werden“ erklärte Rasch.

Die BID fordert, das Wirtschaftlichkeitsgebot bei energiepolitischen Entscheidungen zu berücksichtigen und Maßnahmen im Gebäudebestand nur dort umzusetzen, wo sie technisch notwendig sowie finanziell und sozial vertretbar sind.

Detaillierte Informationen und Forderungen der Bundesarbeitsgemeinschaft können Sie der Stellungnahme zum Energieeinsparungsgesetz entnehmen. Diese steht Zeitnah unter www.bid.info für Sie bereit.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.

Geschäftsführender Verband:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen e.V.
Kurfürstendamm 57
10707 Berlin

www.bid.info

Ansprechpartner:
Dennis Beyer
Pressesprecher

Tel. +49 (0)30 32781 - 110
Fax +49 (0)30 32781 - 299

E-Mail: presse@bid.info

www.bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland IVD
Bundesverband der Immobilienberater, Makler, Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss